

STIMM- UND WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER AUF GEMEINDEEBENE

# SVP, FDP und EDU dagegen

**Der Entscheid, ob die Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer einführen dürfen, ist offen. Heute beschliesst der Grosse Rat, ob die Regierung Verfassungs- und Gesetzesänderungen dafür ausarbeiten soll.**

Die Gemeindeautonomie in der Frage des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer stand im Grossen Rat bereits 2003 zur Diskussion. Damals beauftragte der Grosse Rat die Regierung, eine entsprechende Verfassungsvorlage auszuarbeiten. Zwei Jahre später schickte er die Vorlage jedoch bachab. Schuld daran waren die Freisinnigen, die sich von Befürwortern in Gegner gewandelt hatten. Möglicherweise lag es daran, dass mit Christa Markwalder ihre eifrigste Befürworterin sich inzwischen aus dem Grossen Rat verabschiedet und in den Nationalrat gewechselt hatte.

## Bernjurassier dafür

Gestern jedenfalls wagte es kein Freisinniger, sich für das fakultative Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene einzusetzen, obwohl Maxime Zuber (PSA, Moutier) und Monika Barth (SP, Biel), die beide eine Motion eingereicht hatten, den Rat erneut eindringlich dazu aufforderten, den Gemeinden die Kompetenz einzuräumen, in dieser Frage selbstständig zu entscheiden.

Zuber, Stadtpräsident von

Moutier, erklärte, seine Gemeinde habe dieses Recht schon vor mehr als 20 Jahren verlangt. Inzwischen besässen die niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländer in seiner Nachbarschaft – in den Kantonen Neuenburg und Jura – das Stimm- und Wahlrecht nicht nur auf Gemeinde-, sondern auch auf Kantonsebene. Sechs weitere Kantone hätten es auf Gemeindeebene eingeführt, Zürich und Luzern entschieden in Kürze. Im Berner Jura seien 36 von 41 Gemeinden dafür. Diese hätten die Grossräte der Deputation des Berner Juras und Welschbiels aufgefordert, endlich etwas zu unternehmen, damit sie selber entscheiden könnten.

Monika Barth meinte an die Adresse der Freisinnigen, es gehe nur darum, die Gemeinden autonom entscheiden zu lassen. Es gehe nicht um einen Grundsatzentscheid zu Gunsten der Ausländerstimm- und Wahlrechts.

In der Debatte im Rat stellten sich ausser der FDP auch die SVP und die EDU klar dagegen. Andreas Blank (SVP, Aarberg) warf den Linken vor, es gehe ihr nur darum, neue Wähler für ihre Parteien zu gewinnen. Notfalls werde die SVP das Ansinnen mit Hilfe des Volks an der Urne vereiteln. Alfred Schneiter (EDU, Thierachern) meinte gar, die Diskussion sei dieselbe wie diejenige um die muslimischen Minarette. Sylvain Astier (FDP, Moutier) sagte, die FDP befürworte den Weg über die Einbürgerung. Wenn einzelne Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht einfüh-

ten, würden Ausländer in anderen Gemeinden benachteiligt.

## «Wehret den Anfängen»

«Wehret den Anfängen», rief Jürg Scherrer (FDP, Biel) in den Saal. Er höre nur Schalmeienklänge, denn nach den Gemeinden kämen anschliessend der Kanton und der Bund. Kein Land der Welt gebe Ausländern das Stimm- und Wahlrecht.

Scherrer musste sich jedoch belehren lassen. Roland Näf (SP, Muri) verwies auf die deutschen Gemeinden und stellte fest, Scherrer habe ungenügend recherchiert.

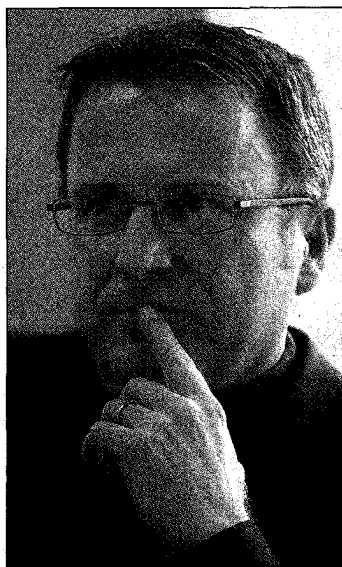
Auf linker und grüner Seite wurde das Ansinnen unisono befürwortet, enthusiastisch gar, wie François Contini (Grüne, Biel) und Christophe Gagnebin (SP, Tramelan) bekannten. Ricardo Lumengo (SP, Biel) nannte die Lösung mit der Gemeindeautonomie «vernünftig und gerecht». Der Weg über die Einbürgerung sei jenen Ausländerinnen und Ausländern verschlossen, in deren Ursprungsländer das Doppelbürgerrecht verboten sei.

Über die Motion abgestimmt



wird erst heute. Der Ausgang ist ungewiss. Zwar verfügen SVP, FDP und EDU zusammen über eine Mehrheit im Rat, doch dürfte es Abweichler geben – vor allem in der welschen Deputation.

**THOMAS DÄHLER**



**Maxime Zuber:** «Moutier möchte das seit über 20 Jahren.» abi

## O-TON

*«Stimmt für meine Motion, die deutschen Ärzte und die italienischen Pizzaioli danken euch dafür.»*

Monika Barth (SP, Biel) schliesst ihr Votum mit einem eindringlichen Appell zugunsten der Ausländer.

*«Das geht in die gleiche Richtung wie die ganzen Minarett Diskussionen.»*

Alfred Schneiter (EDU, Thierachern) outet sich als standhafter Gegner einer grosszügigen Ausländerpolitik.

*«Ich bin der Sohn eines Migranten und bin betroffen, wie hier Ausländer beschämend beschimpft wurden.»*

Corrado Pardini (SP, Lyss) sah sich genötigt, den Rat nach Jürg Scherers Votum über sein Befinden aufzuklären.